

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung (gemeinsame Sitzung mit dem Brandschutzbeirat)

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.10.2023
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr
Sitzungsort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Andreas Engelmann DIE LINKE.PARTEI ab 17:50 Uhr

reguläre Mitglieder

Claudia Schulz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andrea Krönert BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis 17:50 Uhr
Anne Mucha SPD
Robert Kröger DIE LINKE.PARTEI
Stephan Porst BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Stefan Posselt SPD
Ruth Peters Rostocker Bund Vertretung für: Reinhart Kühner
Marc Hannemann Rostocker Bund

Abwesend

reguläre Mitglieder

Rainer Bauer CDU/UFR entschuldigt
Franziska Raeuber CDU/UFR entschuldigt
Reinhart Kühner Rostocker Bund entschuldigt
Julia Kristin Pittasch FDP (fraktionslos) entschuldigt

Verwaltung

Michael Allwardt Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
Hannes Rost Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Silke Hoffmann	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Patrick Schmidt	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Robert Strauß	Koordinierungsstelle Rostocker Oval
Dr. Ute Fischer-Gäde	Senatorin für Infrastruktur, Umwelt und Bau
Steffen Nozon	Amt für Mobilität
Herr Schröder	Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Gäste

Jürgen Engelmann	Brandschutzbeirat
Ngoc Mai Nguyen	RGS
Uwe Friesecke	Brandschutzbeirat
Ralf Mucha	Brandschutzbeirat
Galina Koch	Rostocker Bund
Yvette Hartmann	RSAG
Jan Bleis	RSAG

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der
Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und
der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom
05.10.2023
- 4 Verschiedenes
- 4.1 Brandschutz bei Bauvorhaben und Baustellenplanung
(gemeinsam mit Brandschutzbeirat)
- 5 Anträge
- 5.1 Dr. Felix Winter für den Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-
Vorstadt **2023/AN/4608**
ungeändert beschlossen
Erweiterung des Bewohnerparkens in der KTV
- 5.1.1 Erweiterung Bewohnerparken KTV **2023/AN/4608-01 (SN)**
zur Kenntnis gegeben
- 5.2 Vorsitzende der Fraktionen CDU/UFR, Rostocker Bund **2023/AN/4756**
abgelehnt
Aufstellung eines Bebauungsplanes „Ehemalige Molkerei“,
Neubrandenburger Straße

- | | | |
|-------|--|---|
| 5.3 | Thoralf Sens (für die Fraktion der SPD)
Keine Überplanung von Kleingärten für Wohn- und Gewerbegebiete | 2023/AN/4341
abgelehnt |
| 5.3.1 | Keine Überplanung von Kleingärten für Wohn- und Gewerbegebiete | 2023/AN/4341-01 (SN)
zur Kenntnis gegeben |
| 5.4 | Thoralf Sens (für die Fraktion der SPD)
Straßenbahn zum Neuen Friedhof erhalten | 2023/AN/4343
abgelehnt |
| 5.4.1 | Straßenbahn zum Neuen Friedhof erhalten | 2023/AN/4343-01 (SN)
zur Kenntnis gegeben |
| 6 | Beschlussvorlagen | |
| 6.1 | Planungsbeschluss Streckennetzerweiterung Zoo - Reutershagen | 2023/BV/4638
ungeändert beschlossen |
| 7 | Verschiedenes | |
| 7.1 | Informationen zum Bebauungsplan Nr. 15.MU.204
„Warnow-Quartier, Dierkower Damm“ sowie zum Gestaltungshandbuch | |
| 7.2 | Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä. | |
| 7.3 | Weitere Informationen | |
| 8 | Schließen der Sitzung | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Krönert eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist rechtzeitig erfolgt und im Informationssystem bekannt gemacht worden. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 11 Mitgliedern anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Ab 17.50 Uhr übernimmt Herr Engelmann die Sitzungsleitung.

2 Änderung der Tagesordnung

Die Nachtragstagesordnung wird einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.10.2023

Die Niederschrift wird in der vorgelegten Fassung mit 3 Fürstimmen, keiner Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen genehmigt.

4 Verschiedenes

4.1 Brandschutz bei Bauvorhaben und Baustellenplanung (gemeinsam mit Brandschutzbeirat)

Herr Mucha führt in die Thematik ein. Jährlich bringt das Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz eine Informationsvorlage zur Erreichung der Schutzziele ein. Defizite bei den Schutzziele entstehen vor allem aufgrund von Behinderungen durch Baustellen bzw. deren Absperrungen.

Herr Allwardt stellt die Problemlage mit einer Präsentation vor.

Herr Dr. Posselt hinterfragt den großen zahlenmäßigen Sprung bei den verkehrsberuhigenden Maßnahmen. Herr Allwardt antwortet, dass in der Erfassung keine Änderungen vorgenommen wurde, jedoch hat sich der Grad der Sensibilisierung erhöht.

Herr Mucha merkt an, dass die Fachexpertise des Amtes genutzt und respektiert werden sollte. Eine verwaltungsinterne Dienstanweisung ist denkbar, um Abläufe zu optimieren.

Auch Herr Porst stellt fest, dass viele Probleme bereits innerhalb der Stadtverwaltung gelöst werden könnten. Oftmals werden die Belange der Feuerwehr werden nicht in angemessenen Maß berücksichtigt. Er erkundigt sich nach der Möglichkeit zur Ausrüstung der Feuerwehren mit einem Sensor (RFID) zum automatischen Absenken von Pollern (bisher Nutzung von Karten oder mechanisch). Herr Allwardt sagt, dass diese Möglichkeit grundsätzlich besteht, aber aktuell nicht im Fokus steht.

Herr Dr. Posselt möchte wissen, ob es für die Feuerwache in der Erich-Schlesinger-Straße für umliegende Straßen ein Lichtsignal gibt, wenn ein Einsatz gefahren wird. Herr Allwardt informiert, dass diese Option diskutiert wurde und ggf. im Rahmen des Projektes Smile City umgesetzt werden kann.

Herr Hannemann erfragt, ob es einen direkten Austausch mit der RSAG gibt und wie in Stadtbereichen mit vielen Falschparkern Wege für die Feuerwehr gesichert werden können. Herr Allwardt antwortet, dass ein Austausch mit der RSAG besteht. Für die Straßen ist der Straßenbaulastträger zuständig. Dieser kann den Kommunalen Ordnungsdienst beauftragen. Es werden Strafzettel ausgestellt und ggf. abgeschleppt. Allerdings können in diesen Straßenzügen bereits am nächsten Tag erneut Verstöße festgestellt werden.

Frau Schulz interessiert sich dafür, ob es neue Lösungsansätze für die Feuerwehr bzw. Positivbeispiele gibt, um den benannten Problemen zu begegnen. Weiterhin fragt sie, welche Gespräche es bisher gegeben hat, um Lösungen herbeizuführen. Herr Allwardt berichtet, dass eine Beteiligung der Berufsfeuerwehr stattfindet. Deren Fachexpertise muss zu 100% berücksichtigt werden. Oftmals erfolgt jedoch eine Ab- bzw. Wegwägung. Zur automatischen Pollerabsenkung wurden Gespräche mit dem Tiefbauamt geführt. Ebenfalls zur Thematik Verlagerung von Verkehrsströmen bei Baustellen bzw. zur Überlagerung von Verkehrsströmen durch mehrere benachbarte Baustellen. Diese Gespräche fanden

2018/19 statt.

Herr Mucha signalisiert eine Unterstützung auf politischer Ebene zur Förderung der besseren Zusammenarbeit der Ämter.

Frau Dr. Fischer-Gäde nimmt die hier besprochenen Themen sehr ernst. Die Zusammenarbeit der Ämter muss verbessert werden und an einer gemeinsamen Lösungsfindung gearbeitet werden.

Herr Porst erfragt, ob die neue Rettungswache im Nordosten zu Verbesserung der Schutzziele geführt hat und wer in der Verwaltung die Baustellenausschilderung und Absperrungen prüft. Herr Allwardt informiert, dass sich durch die Feuerwache die Zeiten verschieben werden. Die verkehrsrechtlichen Anordnungen werden durch die Verkehrsbehörde ausgegeben, welche auf eine sehr genaue Umsetzung achtet.

Herr Mucha schlägt vor, dass vorerst verwaltungsinterne Gespräche, um eine Verbesserung des Brandschutzes bei Bauvorhaben und Baustellenplanung zu erzielen. In etwa in einem halben Jahr soll es eine weitere gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung sowie des Brandschutzbeirates zur Evaluation geben.

5 Anträge

5.1 Dr. Felix Winter für den Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt

2023/AN/4608

Erweiterung des Bewohnerparkens in der KTV

Herr Nozon stellt die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Frau Peters sieht die Erweiterung des Bewohnerparkens kritisch, da in der KTV viele Geschäfte und Dienstleistungen vorzufinden sind.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, wie eine deutliche Erweiterung des Bewohnerparkens in der KTV zu ermöglichen ist. Das Prüfergebnis ist bis Dezember 2023 vorzulegen.

Abstimmung:

Dafür:	6
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

5.1.1 Erweiterung Bewohnerparken KTV

2023/AN/4608-01 (SN)

Die Stellungnahme wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Aufstellung eines Bebauungsplanes „Ehemalige Molkerei“, Neubrandenburger Straße

Frau Hoffmann erläutert die fachliche Meinung des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft. Ein neuer Aufstellungsbeschluss nicht notwendig. Der Geltungsbereich und die Ziele sind identisch mit dem bestehenden Aufstellungsbeschluss. Mit dem Entwurfs- und Auslegungsbeschluss ist bestenfalls bis zum Ende des 1. Quartals 2024 zu rechnen, je nachdem wie schnell die entsprechenden Gutachten erstellt werden können.

Frau Schulz informiert, dass Gespräche mit den Fraktionen und dem Investor stattgefunden haben und das Verfahren läuft.

Herr Porst erkundigt sich, ob der Antrag einen inhaltlichen Mehrwert bietet. Frau Hoffmann verneint.

Frau Mucha äußert, dass die SPD-Fraktion den Antrag für nicht zielführend hält.

Beschluss:**Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, einen Bebauungsplan (B-Plan) für das Gebiet „Ehemalige Molkerei“, Neubrandenburger Straße auf der Basis des städtebaulichen Konzepts (s. Seite 8 der beiliegenden Präsentation) zu erstellen und der Bürgerschaft zur Dezember-Sitzung einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss zur Abstimmung zu unterbreiten.

Abstimmung:

Dafür:	2
Dagegen:	6
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

Keine Überplanung von Kleingärten für Wohn- und Gewerbegebiete

Herr Dr. Posselt stellt den Antrag vor. Sowohl die Senatorin als auch die Oberbürgermeisterin haben eine Nicht-Bebauung dieser Fläche thematisiert. Die Verwaltung hat den Antrag jedoch nicht beantwortet, sondern zu allgemein hinsichtlich der Flächennutzungsplanung Stellung genommen.

Herr Schmidt bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Das Verfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans läuft. Die Potenzialflächen wurden und werden im Hinblick auf ihre Vor- und Nachteile diskutiert. Die Diskussion ist ergebnisoffen. Alle Flächen sollen weiterhin gleichrangig betrachtet und in der Diskussion gelassen werden.

Herr Kröger kritisiert, dass der Beschlussvorschlag nur eine kleine Gruppe der Kleingärtner betrachtet. Weitere Anträge zu einzelnen Flächen bzw. Kleingartenanlagen könnten sich anschließen. Der Antrag basiert auf keiner Abwägung. Es hat keine vergleichende Betrachtung mit anderen Flächen und anderen Kleingartenanlagen gegeben. Zudem wird das Kleingartenentwicklungskonzept derzeit noch diskutiert. Ein Beschluss dieses Konzeptes

regelt den Umgang mit Kleingärten.

Herr Engelmann spricht sich ebenfalls dagegen aus, einzelne Kleingartenanlagen zu bevorzugen. Im Vorfeld sollten keine Flächen aus dem Diskussionsprozess herausgenommen werden. Er weist darauf hin, dass ein Bürgerschaftsbeschluss zudem nicht für immer gilt. Der Beschluss kann z.B. durch die nächste Bürgerschaft aufgehoben werden. Weiterhin ist die Pacht für Kleingärten verhältnismäßig günstig, da immer von einer möglichen Inanspruchnahme der Fläche auszugehen ist.

Frau Schulz merkt an, dass die Stadt mit dieser Entscheidung massiv verlieren könnte. Es besteht dann beispielsweise weiterhin die Frage, wo Gewerbegebiete untergebracht werden können. Ein Abwägungsprozess sollte in jedem Fall erfolgen. Eventuell sollten auch Kooperationen mit dem Umland in Betracht gezogen werden.

Herr Dr. Posselt führt an, dass auf keiner weiteren Potenzialfläche so viele Kleingärten in Anspruch genommen werden. Zudem ist es oftmals so, dass zuerst die Infrastruktur geschaffen wird, dann folgt der Hochbau.

Herr Porst lehnt den Antrag ab, da ähnlich lautende Folgeanträge kontraproduktiv für den Prozess sind.

Frau Dr. Fischer-Gäde spricht sich dafür aus, alle Flächen unabhängig und gleichberechtigt zu betrachten. Eine Abwägung muss auf Grundlage von Fakten und Gutachten erfolgen. Es ist der Auftrag der Verwaltung eine darauf basierende Empfehlung für die Bürgerschaft zu geben.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit Blick auf die Kleingartenanlagen in dem Areal zwischen Reutershagen und der Gartenstadt, sowie im Umfeld des Westfriedhofs, die innerhalb der Verwaltung existierenden Planungen, Überlegungen, Prüfungen, Ideen etc. zu deren Überplanung für zukünftige Wohn- und Gewerbegebiete zu stoppen und auch in Zukunft nicht weiterzuverfolgen. Auch mit Blick auf die Erstellung des neuen Flächennutzungsplans sind die Kleingartenanlagen zwischen Reutershagen und der Gartenstadt, sowie im Umfeld des Westfriedhofs, von neuen Nutzungsplänen auszunehmen und auch zukünftig ausschließlich als Kleingartenanlagen einzuplanen.

Abstimmung:

Dafür:	4
Dagegen:	4
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

5.3.1 Keine Überplanung von Kleingärten für Wohn- und Gewerbegebiete

2023/AN/4341-01 (SN)

Die Stellungnahme wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

Straßenbahn zum Neuen Friedhof erhalten

Frau Mucha stellt den Antrag vor. Die Wirtschaftlichkeit des Streckenabschnittes zum Neuen Friedhof wird vor dem Hintergrund der Streckennetzerweiterung von der RSAG bzw. dem Gutachter geprüft. Herr Bleis informiert, dass das Ergebnis erst kurz vor der Bürgerschaft vorliegen wird.

Herr Engelmann erkundigt sich, wie man während der Bauarbeiten an der Brücke Rennbahnallee und danach zum Zoo bzw. zum Friedhof gelangt. Herr Bleis erläutert, dass während der Bautätigkeiten ein Wendedreieck am Zoo unter Nutzung der Busspur eingerichtet wird. Zum Friedhof gelangt man mit dem Bus von den Endhaltestellen Mensa bzw. Zoo (nach Abschluss Brückenbau).

Herr Hannemann führt Argumente für den Erhalt der Straßenbahn zum Neuen Friedhof auf (u.a. Erhöhung Kapazitäten Asylbewerberheim, vermehrter Wohnungsbau, P+R-Parkplatz laut MOPZ). Die benötigten finanziellen Mittel zum Erhalt dieser Linie (5,9 Mio. €) fallen im Vergleich zu anderen städtischen Vorhaben verhältnismäßig gering aus. Er schlägt eine Splittung der Linie vor. Hinsichtlich der Streckennetzerweiterung favorisiert er die Ost-Route und benennt Argumente (u.a. Arbeitgeber, Sportstätten, Baumpflanzungen).

Aus Sicht von Herrn Bleis weist die West-Route mehr Vorteile auf. Der größte Teil der Bevölkerung in diesem Stadtbereich wohnt in Reutershagen II. Zudem befindet sich hier ein großer P+R-Parkplatz mit 700 Stellplätzen, welcher allein 1.400 Fahrten/Fahrgäste täglich generieren kann.

Herr Dr. Posselt stellt klar, dass die Positionen klar und alle Argumente bereits ausgetauscht worden sind. Eine schnelle Entscheidung bringt Planungssicherheit für alle Beteiligten. Zudem stellt der Antrag lediglich einen Prüfauftrag dar.

Beschluss:**Beschlussvorschlag:**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Abstimmung mit der RSAG, der Bürgerschaft bis zur September-Sitzung Varianten vorzulegen, den Straßenbahnstreckenabschnitt Zoo-Neuer Friedhof auch bei einer Straßenbahnerweiterung Reutershagen-Zoo weiter zu nutzen.

Abstimmung:

Dafür:	4
Dagegen:	4
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

Die Stellungnahme wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

6 Beschlussvorlagen

6.1 Planungsbeschluss Streckennetzerweiterung Zoo - Reutershagen

2023/BV/4638

Frau Schulz weist darauf hin, dass dies eine wichtige gesamtstädtische Entscheidung darstellt und kritisiert die Abwesenheit einiger Mitglieder.

Herr Porst spricht sich für die West-Route aus. Es müssen Partikularinteressen gegenüber dem gesamtstädtischen Interesse abgewogen werden.

Frau Dr. Fischer-Gäde macht noch einmal deutlich, dass die Streckennetzerweiterung eine Investition für die nächsten Generationen ist.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft beauftragt die Oberbürgermeisterin, die RSAG über die RVV anzuweisen, die weitere Planung von Korridor West (gem. Anlage) bis zur Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4 HOAI) durchzuführen.
2. Parallel wird zusammen mit dem Fördermittelgeber das Verfahren der standardisierten Bewertung durchgeführt und die weitere Förderfähigkeit geklärt (die Hanse- und Universitätsstadt Rostock stellt den Kontakt zum Land Mecklenburg-Vorpommern her und informiert über das Vorhaben. Das Land stellt den Förderantrag beim Bund. Die Planung erfolgt durch die Rostocker Straßenbahn AG als Vorhabenträgerin).
3. Im Rahmen der Vorplanung findet eine informelle Bürger*innenbeteiligung statt, um die Bedarfe der Anlieger*innen bestmöglich zu ermitteln und damit einen tragfähigen Konsens zu ermöglichen.
4. Nach erfolgreichem Abschluss der Genehmigungsplanung und vor der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens (hier erfolgt eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger der öffentlichen Belange mit Abwägung aller Interessen) wird der Planungsstand der Bürgerschaft für ein weiteres Votum vorgelegt.
5. In der Zwischenzeit wird die Bürgerschaft über den Planungsstand fortlaufend informiert.

6. Die Planung für den Ersatzneubau der Straßenbahnbrücke im Verlauf der Rennbahnallee ist in dieser Phase (Entwurfs- und Genehmigungsplanung) zu beenden. Im Zuge des Abrisses der alten Brücke wird der Straßenbahnbetrieb zw. Zoo und Neuer Friedhof eingestellt. Es erfolgt kein Neubau einer Straßenbahnbrücke. Der Trassenkorridor Trotzenburg - Neuer Friedhof wird für eine mögliche, spätere Reaktivierung im Rahmen der Stadtentwicklung freigehalten.

Abstimmung:

Dafür:	4
Dagegen:	3
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

7 Verschiedenes

7.1 Informationen zum Bebauungsplan Nr. 15.MU.204 „Warnow-Quartier, Dierkower Damm“ sowie zum Gestaltungshandbuch

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bietet Herr Strauß an, die Unterlagen in Vorbereitung auf den Satzungsbeschluss zum Download zur Verfügung zu stellen.

Der Satzungsbeschluss soll voraussichtlich in der Sitzung der Bürgerschaft am 28.02.2024 gefasst werden. Die Behandlung in den Ausschüssen findet Januar/Februar 2024 statt.

7.2 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä.

Es werden keine Informationen vorgetragen.

7.3 Weitere Informationen

Es werden keine Informationen vorgetragen.

8 Schließen der Sitzung

Herr Engelmann schließt die Sitzung.